Deutscher Bundestag **Drucksache 14/3789**

14. Wahlperiode 05. 07. 2000

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Klaus Grehn, Ursula Lötzer, Uwe Hiksch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/3030 –

Die Weichen für eine neue Vollbeschäftigung in Europa stellen

A. Problem

Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit zählt zu den dringendsten Herausforderungen, vor denen die EU steht. Nach Auffassung der einbringenden Fraktion hätten sich die Hoffnungen auf einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel in Deutschland oder auf europäischer Ebene bisher nicht erfüllt. Der Deutsche Bundestag soll daher die Bundesregierung auffordern, verschiedene wirtschafts- und beschäftigungspolitische Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene zu ergreifen, die im Ergebnis zu einer europaweiten Vollbeschäftigung führen sollen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Annahme des Antrags oder Verwirklichung anderer Konzepte zur Senkung der Arbeitslosigkeit in Deutschland und Europa.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/3030 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juli 2000

Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

Doris Barnett	**Klaus Brandner**
Vorsitzende	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Klaus Brandner

I. Überweisung, Voten der mitberatenden Ausschüsse und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Antrag auf **Drucksache 14/3030** ist in der 98. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. April 2000 an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen worden.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 28. Juni 2000 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 7. Juni 2000 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 28. Juni 2000 beraten und abgeschlossen. Im Ergebnis der Beratungen wurde der Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS abgelehnt.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags auf Drucksache 14/3030

Der Antrag beschreibt aus Sicht der PDS die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Situation in der Europäischen Union und zieht entsprechende Schlussfolgerungen. Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, in diesem Zusammenhang bestimmte Maßnahmen zu ergreifen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 14/3030 verwiesen.

III. Ausschussberatungen

Einig war sich der Ausschuss darüber, dass die hohe Arbeitslosigkeit in der EU durch vielschichtige wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen abgebaut werden muss. Gestritten wurde über den von der Fraktion der PDS vorgeschlagenen Weg.

Die Mitglieder der **Fraktion der PDS** vertraten die Ansicht, die Beschäftigungssituation in Deutschland, das ca. 25 % der Arbeitslosen Europas stelle, müsse dringend verbessert werden. Die bisherige Beschäftigungspolitik müsse ergänzt und verändert werden, um das europäische Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen.

Die Mitglieder der **Fraktion der SPD** erklärten, die Beschäftigungspolitik der Bundesregierung habe auf dem Arbeitsmarkt bereits spürbare Wirkungen gezeigt. Insgesamt werde die Arbeitslosigkeit im Jahre 2000 um etwa 320 000 zurückgehen. Die Bundesregierung beabsichtigte im Hinblick auf die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes die Möglichkeiten des Betriebsrates bei Betriebsverlagerungen zu erweitern. Eine Blockade von unternehmerischen Maßnahmen, wie sie der Antrag der Fraktion der PDS vorsehe, werde abgelehnt.

Die Mitglieder der **Fraktion der CDU/CSU** wiesen darauf hin, dass zur besseren Einschätzung der Situation auf dem Arbeitsmarkt zusätzliche statistische Angaben erforderlich seien. Der wesentlichste Teil des Rückgangs der Arbeitslosigkeit sei auf die demographische Entwicklung zurückzuführen und nicht auf die Politik der derzeitigen Bundesregierung.

Die Mitglieder der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** nahmen auf das Gutachten der Wirtschaftsinstitute Bezug, das der Bundesregierung richtige Schritte attestiert habe. Die aktive Arbeitsmarktpolitik werden von der Bundesregierung auf hohem Niveau und besserer Effektivität weitergeführt.

Die Mitglieder der **Fraktion der F.D.P.** betonten, dass wichtige Weichenstellungen der alten Bundesregierung heute positiv nachwirkten. Die Koalition sollte sich an der Arbeitsmarktpolitik von Tony Blair ein Beispiel nehmen. Die Delegationsreise der vergangenen Woche nach Großbritannien habe an vielen Beispielen einen Paradigmenwechsel in der dortigen Beschäftigungspolitik deutlich gemacht, der auch hier notwendig sei.

Berlin, den 5. Juli 2000

Klaus Brandner
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333